



Umstadt im Blickpunkt

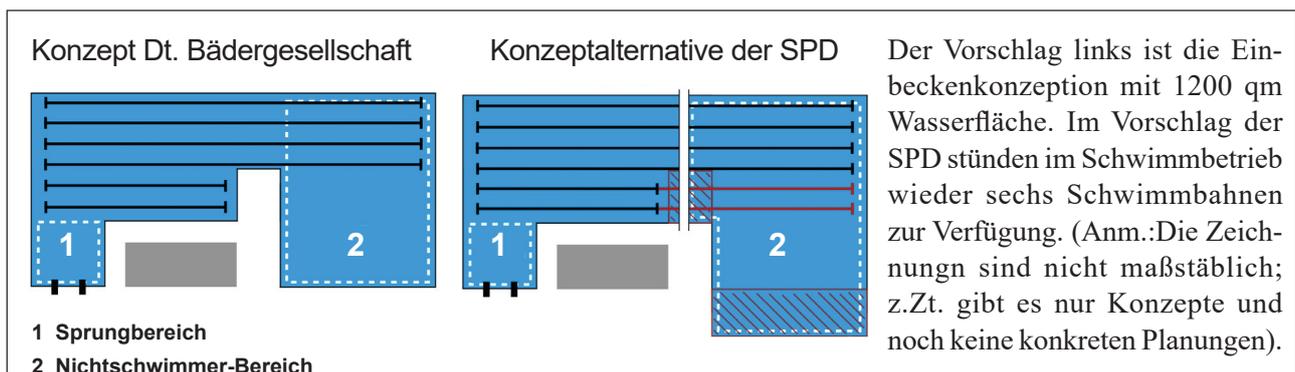
Diskussionen um Umstadts neues Schwimmbad

Unser Schwimmbad ist nicht nur erfrischend, sondern aktuell auch heiß diskutiert. Die SPD ist an einem sachlichen Dialog interessiert, sieht sich aber auch in der Pflicht, verschiedene Blickwinkel zu vereinen. Es geht bei diesem Thema um mehrere Nutzergruppen von Familien mit ganz kleinen Kindern, Jugendlichen bis hin zu den Erwachsenen, die ihre Bahnen schwimmen möchten. Und natürlich muss und wird auch der Schulbetrieb für die Grundschulen und weiterführenden Schulen Berücksichtigung finden. Aber es geht auch um Investitionskosten, Folgekosten und ökologische Faktoren wie Wasser- und Energiebedarf.

Konsens ist, eines der größten Einzelprojekte mit zehn Millionen Euro auf den Weg zu bringen. Hilfreich dabei ist ein Bundeszuschuss von 3,5 Millionen Euro. Und nun galt es, eine Konzeption zu entwickeln, die im Kostenrahmen blieb. Ergebnis des erfahrenen Beraters der Deutschen Bädergesellschaft war eine Analyse des Bedarfs und eine Einbecken-Konzeption. Dies bleibt im Kostenrahmen, deckt den rein rechnerischen Bedarf an Fläche und berücksichtigt auch Synergien zwischen den unterschiedlichen Betriebszuständen wie Schwimmerbetrieb und allgemeinem Badebetrieb. Si-

cherheitstechnische Verbesserung wie die Abtrennung des Sprungbereiches und der Rutschanlage sind ebenfalls berücksichtigt. Aber hier – und das ist der große Diskussionspunkt – sind die Schwimmbahnen nicht mehr jederzeit exklusiv für die Bahnenschwimmer. In Betriebszeiten mit hohem Nichtschwimmer- und Familienbetrieb – schönes Wetter und viele Menschen – wird ein Teil der Bahnen für die Nicht-Schwimmer zur Verfügung gestellt. Und genau diese variable Nutzung hat den Unmut vieler Bahnenschwimmer auf sich gezogen, da diese auf ein eigenes Becken bestehen.

Die SPD hat im AK Schwimmbad dazu einen Kompromiss vorgestellt: eine Vergrößerung des flachen Nichtschwimmerbereiches, eine Verlängerung der zwei verkürzten Bahnen von 25 auf 50 Meter und eine Brücke für sichere Flexibilität. Der Kompromissvorschlag benötigt am Ende annähernd die Wasserfläche, wie sie derzeit vorhanden ist - aber nun sind die Fachplaner am Zug dies zu konkretisieren. Die vorliegende Badkonzeption lässt viele Betriebsmöglichkeiten realisieren. Am Ende werden wir uns über ein modernes Bad freuen, das allen Generationen und die nächsten Jahrzehnte für Freizeit und Sport zur Verfügung stehen wird.



Groß-Umstadt ist die Stadt der Nachhaltigkeit



„Gäbe es einen Ökologie-Wettbewerb der 23 Kreiskommunen, hätte Groß-Umstadt gute Chancen weit, oben zu landen. Lange vor der aktuellen „grünen Welle“ setzte die Umstädter Stadtpolitik auf einen breit angelegten ökologischen Umbau.“ So urteilte das Darmstädter Echo im Oktober über die Umweltpolitik von Groß-Umstadt. Und in der Tat, unsere Stadt nimmt in dieser Frage tatsächlich eine Vorreiterrolle ein.

Dies wird vor allem durch unser umfassendes Energie- und Klimaschutzkonzept deutlich. Entstehen konnte dieses Konzept 2012/2013 durch eine breite Bürgerbeteiligung in einer Vielzahl an öffentlichen Bürgerforen, die sich vor allem um Solar- und Windkraftanlagen, Kraft-Wärmekopplung, Energieberatung sowie um Einspar- und Dämmmaßnahmen drehten. Auf dieser Grundlage wurde das Energie- und Klimaschutzkonzept 2013 beschlossen



Dieses Konzept umfasst auf der einen Seite die nachhaltige Planung von Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen. In diesem Bereich stehen die realisierte Solarsiedlung „Umstädter Bruch“ als Bundesforschungsprojekt in Kooperation mit ENTEGA, das Neubaugebiet „Auf dem Steinborn“ konzipiert mit einer Nahwärmeversorgung durch Kraft-Wärmekopplung für den Geschosswohnungsbau sowie das Neubaugebiet „Buschweg“ in Semd konzipiert mit einem Plus-Energie-Standard, beispielhaft für eine erfolgreiche Umsetzung.

Auf der anderen Seite umfasst das Konzept nachhaltige Umrüstung kommunaler Gebäude. Die Wirkung in diesem Bereich zeigt sich u.a. deutlich an der neuen LED Beleuchtung des Rathauses, der Erweiterung des Feuerwehrhauses in Dorndiel durch Solarstromtechnik mit Batteriespeicher, die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Wiebelsbach durch ein Energiekonzept mit Solartechnologie, einer effizienteren Heiz- und Solartechnik in der Kita Heubach, der energetischen Sanierung der Heiztechnik der Stadthalle sowie durch ein kommunales Energiemanagement und eine Energieberatung für alle Bürgerinnen und Bürger.



Die Vorreiterrolle von Groß-Umstadt zeigt sich aber auch im Bereich Umweltschutz. Immerhin führen wir hier eine Kooperation mit der AGGL zur Reduktion des Nitratgehalts im Boden (schonende Bewirtschaftung). Und auch durch eine eigenständige Wasserversorgung in städtischer Hand können wir einen sparsamen Umgang mit der Ressource Wasser garantieren. Die Entscheidung nicht zum ZVG Dieburg zu wechseln

und Eigenversorger zu bleiben, fiel 2017 in der Stadtverordnetenversammlung vor allem unter Führung der SPD. Außerdem dient der Wald hier nicht nur als Ressourcenquelle (Holz), sondern übt seine ökologische Schutzfunktion aus und dient als Erholungsraum für die Stadtbevölkerung. Auch aus diesen Gründen besitzt Groß-Umstadt eine sehr hohe Lebensqualität.

Durch die Resopal konnte sogar eine Reduktion der CO₂-Emissionen durch einen Rückbau der Braunkohlestaubfeuerung erfolgen, indem diese durch Biomassefeuerung ersetzt wurde. Hierdurch können jährlich 14.000 Tonnen CO₂ eingespart werden, was immerhin 8% Gesamtemissionen von Groß-Umstadt entspricht.

Dass Groß-Umstadt in Sachen Umweltpolitik an der Spitze steht, liegt aber auch daran, dass wir hier die Energiewende Schritt für Schritt umsetzen. Wir besitzen nicht nur eine Infrastruktur mit Schnellladesäulen, E-Carsharing und mittlerweile drei E-Fahrzeugen im städtischen Fuhrpark. Sondern nutzen zur Stromerzeugung zusätzlich vier Windkraftträder, womit der Anteil der Erneuerbaren Energien 17% beträgt (Landkreisspitze!). Dieser Anteil könnte sogar 35% betragen, wenn der Windpark „Am alten Steinbruch“ mit drei neuen Windkraftanlagen umgesetzt werden würde; aktuell wird der Ausbau durch die Deutsche Flugsicherung blockiert. Dass die Bürgerinnen und Bürger von Groß-Umstadt aber hinter der Energiewende und dem Ausbau der Windenergie stehen, zeigte zuletzt eine durchgeführte Bürgerbefragung. Daher werden wir auch zukünftig an diesem Thema dranbleiben und eine geeignete Lösung suchen.



Es gäbe noch vieles, was man an dieser Stelle erwähnen könnte, doch die Liste aller umgesetzten Maßnahmen, die Groß-Umstadt an die Spitze der progressiven Umweltpolitik setzen, ist viel zu lang, um alle aufzuzählen. Immerhin bekennen wir uns schon seit 1992 zu den internationalen Klimaschutzzielen und traten damals einem Klima-Bündnis europäischer Städte bei. Wir Sozialdemokraten sind stolz auf diese Errungenschaften und doch wissen wir gleichzeitig auch, dass wir uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen dürfen. Wir müssen auch zukünftig weitere Maßnahmen beschließen, die diesen Weg fortsetzen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Dabei richten wir alle Überlegungen auch weiterhin an unserem Leitbild aus: Groß-Umstadt ist die Stadt der Nachhaltigkeit, die ihre Umwelt schützt und die Energiewende umsetzt.

Für Groß-Umstadt im Bundestag: Dr. Jens Zimmermann

Im Deutschen Bundestag wurden 2019 zahlreiche Gesetze im Jahr 2019, die konkrete Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Dr. Jens Zimmermann hat zur Halbzeit der Wahlperiode des Parlaments wichtige Gesetze zusammengestellt, die für mehr Fairness in unserem Land sorgen.

„Die Einigung zur Grundrente ist ein Meilenstein. Ohne Sozialdemokratie hätte diese politische Einigung nicht entstehen können. Mit der Einführung der Grundrente wird Gerechtigkeit in der Altersversorgung für viele geschaffen. Es ist ein Verhandlungserfolg der SPD, der das Leben im Alter für viele Menschen spürbar verbessern wird“, berichtet Zimmermann zur Grundrente.

Die Bilanz der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Ministerinnen und Minister in der Bundesregierung kann man in Gänze auf spd.de nachlesen. „In Berlin haben wir in den vergangenen Wochen im Deutschen Bundestag Gesetze beschlossen, die Chancen eröffnen und unser Land sozialer machen. Diese Gesetze werden für eine bessere Zukunft von vielen wirken. Es waren für mich arbeitsintensive Wochen in Berlin“, so Zimmermann. „Ich freue mich, dass wir das alles auf den Weg gebracht haben und bin sicher, dass auch die Umstädterinnen und Umstädter davon profitieren können.“

Finanzielle Entlastung bei der Pflege

Ein Pflegefall in der Familie stellt Angehörige vor schwierige Aufgaben - finanziell und organisatorisch. Neben der Arbeit und oft parallel zur Kindererziehung müssen Eltern oder pflegebedürftige Kinder versorgt und unterstützt werden. Das stellt eine emotionale, logistische und oft auch finanzielle Belastung dar. Eltern und Kinder werden mit den neuen Regeln künftig erst bei Überschreitung eines Brutto-Jahreseinkommens von 100.000 Euro vom Sozialhilfeträger zur Erstattung von Kosten der Hilfe zur Pflege in Anspruch genommen.

Pflegekräfte besser entlohnen

Das Pflegegehälterverbesserungsgesetz schafft die Grundlage für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Dafür kommen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zwei Wege in Frage: branchenweit erstreckte Tarifverträge oder höhere Pflegemindestlöhne durch Rechtsverordnung, die auf Empfehlungen einer Pflegekommission beruhen.

Ziel ist es, künftig Mindestlöhne für Hilfs- und Fachkräfte zu verwirklichen und die Lohnunterschiede zwischen Ost und West zu beenden. Die Gründung des entsprechenden Arbeitgeber-Verbandes war ein wichtiger Schritt. Gewerkschaften und Arbeitgeber werden nun verhandeln und gemeinsam entscheiden, ob sie einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag schaffen oder Pflegemindestlöhne einführen.

Schutz für Paketboten

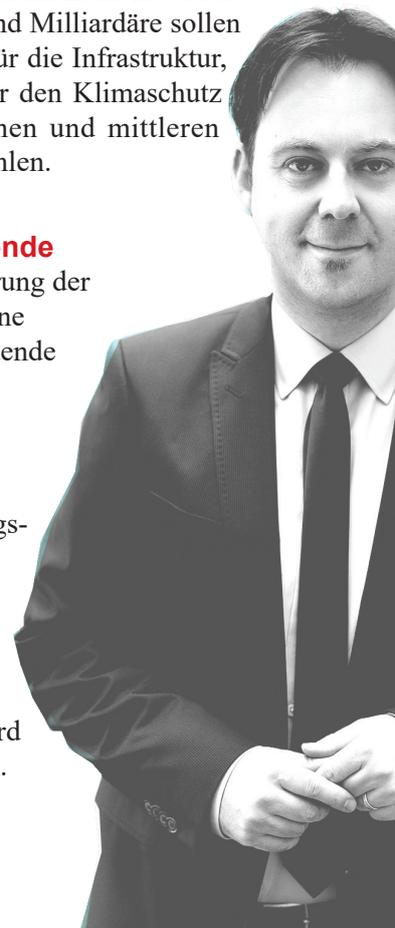
Viele schätzen die Vorteile des Versandhandels und bestellen gerne Waren im Internet. Dieses Jahr werden rund 3,7 Milliarden Paketsendungen erwartet. Dieses Verhalten der Kundinnen und Kunden sorgt für viele Veränderungen. Es darf nicht zu Lasten der Beschäftigten in der Paketbranche führen. Es ist inakzeptabel, wenn schwarzgearbeitet wird oder Sozialversicherungsbeiträge schlicht und ergreifend hinterzogen werden. Das dies häufig geschieht haben zuletzt Kontrollen des Zolls gezeigt. Deswegen will die SPD die Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen. Mit dem Gesetz für die Paketbranche wird jetzt die Nachunternehmerhaftung eingeführt und die Paketboten besser geschützt.

Soli weitgehend abgeschafft

Der Zusammenhalt in unserem Land hängt von der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit der Bevölkerung ab. Deshalb wird in Deutschland der Soli für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgeschafft. Die reichsten zehn Prozent sollen den Soli weiterzahlen – in voller Höhe sogar nur die 3,5 Prozent der Reichsten. Sie sollen ihren Beitrag leisten, damit in die Zukunft investieren in unserem Land investiert werden kann. Multimillionäre und Milliardäre sollen einen größeren Anteil tragen - für die Infrastruktur, für bezahlbares Wohnen und für den Klimaschutz und damit Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen weniger Steuern zahlen.

Mindestlohn für Auszubildende

Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Berufsausbildung soll endlich eine Mindestvergütung für Auszubildende eingeführt werden. Das war eine langjährige Forderung der SPD. Die Vergütungshöhe steigt in Abhängigkeit vom Beginn der Ausbildung und dem Ausbildungsjahr an. Außerdem wird eine Teilzeitberufsausbildung für alle Azubis möglich werden. Das ist insbesondere eine Chance für Menschen mit Behinderung und Geflüchtete. Das Gesetz wird am 1. Januar 2020 in Kraft treten.



Stoffwindeln: Gut für Baby und Umwelt!

Kommunen sehen es gerne, wenn sich Familien mit Kindern bei ihnen ansiedeln. Dazu werden auch immer wieder Anreize geschaffen, um die Kommune attraktiv für junge Familien zu machen. Ein Problem vieler Eltern von Kleinkindern sind die Mengen an Windelmüll, die bei einem oder zwei Wickelkindern anfallen. Eine volle Wegwerfwindel hat im Schnitt ein Volumen von 0,8 Litern. Bei 6000 Windeln bis zum Trockenwerden sind das 4.800 Liter Müll, ein riesiger Haufen. Rechnen Sie das mal in Müllgebühren um. Noch wichtiger: Das ist nicht besonders umweltfreundlich. In der Natur braucht eine Wegwerfwindel fast 500 Jahre, bis sie wieder abgebaut ist. Meist landen Wegwerfwindeln in der Müllverbrennung. Hier bleiben hochgiftige Filterstäube zurück, die tatsächlich „endgelagert“ werden.

Größere Mülltonne, häufigere Leerung, zusätzliche Müllsäcke - das kann schnell mal ins Geld gehen. Eine Lösung dazu wäre kostenlose Müllsäcke oder Windelcontainer. Das würde aber nur die Kosten verlagern und nicht das eigentliche Problem lösen. Daher hat die SPD in Groß-Umstadt den Vorschlag unterbreitet, dass junge Eltern ein kostenloses Starterpaket Stoffwindeln erhalten, um sich von der Praktikabilität überzeugen zu können. So können die Eltern Geld sparen und das Müllaufkommen beim Wickeln wird minimiert. Damit kann die Kommune gleich zwei wichtige Themen abdecken: Familienfreundlichkeit und Nachhaltigkeit.



Moderne Stoffwindeln sind nicht zu vergleichen mit „alternativen“ Windelsystemen von früher. Wickeln mit Stoffwindeln ist heute genauso einfach wie mit Wegwerfwindeln. Stoffwindeln sind gesünder fürs Kind, denn sie sind atmungsaktiv und chemikalienfrei. Sie schonen den Geldbeutel und es gibt sie in vielen schönen Designs. Außerdem vermeidet man damit Plastikabfälle und schont die Umwelt. Und auch das Waschen ist heute keine Hexerei mehr. Jeder Haushalt mit einer Waschmaschine kann das gut schaffen, mit Baby wäscht man ohnehin oft.

Eltern von Neugeborenen bekommen nun in Groß-Umstadt ein Starterpaket mit 3 Überhosen, 10 Mullwindeln, Windelvlies und einem Umstadt-Shirt.

Herausgeber: SPD Groß-Umstadt

www.spd-gross-umstadt.de

Redaktion: Matthias Kreh (V.i.S.d.P.), Jutta Grimm-Ruppert, Karlheinz Müller, Dennis A. Muñoz, Dr. Jens Zimmermann

Ein frohes Weihnachtsfest und
ein glückliches neues Jahr
wünscht Ihnen
Ihre SPD

www.spd-gross-umstadt.de

